Deutscher Bundestag **Drucksache 17/4018**
17. Wahlperiode 01. 12. 2010

Antrag

der Abgeordneten Swen Schulz (Spandau), Dr. Ernst Dieter Rossmann, Dr. Hans-Peter Bartels, Klaus Barthel, Willi Brase, Ulla Burchardt, Petra Ernstberger, Michael Gerdes, Iris Gleicke, Klaus Hagemann, Christel Humme, Oliver Kaczmarek, Daniela Kolbe (Leipzig), Ute Kumpf, Thomas Oppermann, Florian Pronold, René Röspel, Marianne Schieder (Schwandorf), Andrea Wicklein, Dagmar Ziegler, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Bei Aussetzung der Wehrpflicht Hochschulpakt aufstocken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Eine Aussetzung der Wehrpflicht geht einher mit der Verpflichtung, Antworten auf Fragen zu finden, die durch die Aussetzung der Wehrpflicht entstehen. Eine direkte Folge einer Aussetzung wäre, dass die künftig nicht mehr Wehrpflichtigen eine zusätzliche Studienplatznachfrage schaffen, auf die weder die Hochschulen noch die Länder vorbereitet sind. Schätzungen der Länder zufolge ist zu erwarten, dass bei einer Aussetzung 60 000 bis 70 000 zusätzliche Studieninteressierte um Studienplätze an den Hochschulen nachsuchen werden. Die Bundesregierung konnte auf Nachfrage bisher keine Auskunft über zusätzliche Studienplatzbedarfe oder geplante Initiativen geben, dieser zusätzlichen Nachfrage zu begegnen. In Presseveröffentlichungen hat Bundesministerin Dr. Annette Schavan allerdings einen zusätzlichen Bedarf von rund 52 000 zusätzlichen Studienplätzen eingeräumt.

Auf diese zusätzliche Nachfrage muss mit einem entsprechenden zusätzlichen Ausbau des Studienplatzangebots reagiert werden. Die bisher von Bund und Ländern vereinbarten zusätzlichen rund 275 000 Studienanfängerplätze, die im Rahmen der zweiten Phase des Hochschulpaktes 2020 bis 2015 geschaffen werden sollen, wären daher bei einer Aussetzung der Wehrpflicht unzureichend. In einem Hochschulpakt-Plus sind die Ausbauziele daher entsprechend zu erhöhen und die Finanzierung sicherzustellen. Nur dann wäre sicher ausgeschlossen, dass die Aussetzung der Wehrpflicht zulasten der Studienchancen der Wehrpflichtigen sowie der anderen Studieninteressierten erfolgt. Die von Bundesministerin Dr. Annette Schavan vorgeschlagene Verschiebung der Wehrpflichtaussetzung leistet hingegen keinen Lösungsbeitrag, sondern vertagt das Problem lediglich.

Angesichts dieser Verantwortung des Bundes ist nicht nachvollziehbar, dass die Bundesregierung sich bislang weder in der Lage sieht, den Bedarf an Studienplätzen zu beziffern, noch dass sie sich als Verursacherin zu ihrer Verantwortung bekennt.

Die Bundesregierung muss vielmehr umgehend Verhandlungen mit den Ländern aufnehmen, um im Rahmen des Hochschulpaktes eine zeitnahe Lösung zu fin-

den und dem Aufbau der zusätzlichen Studienplätze den nötigen Vorlauf zu geben. Bei der Aufteilung der zusätzlichen Kostenlasten zwischen Bund und Ländern ist für den Fall der Wehrpflichtaussetzung zu berücksichtigen, dass der zusätzliche Bedarf allein auf eine politische Entscheidung der Bundesebene zurückzuführen ist.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. unverzüglich mit den Ländern in Verhandlungen über eine Aufstockung des Hochschulpaktes um mindestens 60 000 einzutreten, damit nach der geplanten Aussetzung der Wehrpflicht der zusätzliche Bedarf an Studienplätzen bis 2015 gedeckt wird;
2. die daraus resultierenden Kosten zunächst überwiegend zu übernehmen;
3. dem Deutschen Bundestag über die geplanten Maßnahmen der Bundesregierung bis zum 31. Januar 2011 Bericht zu erstatten.

Berlin, den 1. Dezember 2010

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333